

Verteiler: Herrn Oberbürgermeister, Magistratsmitglieder über das Magistratsbüro, Dezernate, Stadtverordnete über das Amt der Stadtverordnetenversammlung, Fraktionen, örtliche Presse.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mende,
sehr geehrte Damen und Herren des Magistrats,
der Ortsbeiräte, der Fraktionen, der Presse
sowie alle Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens,

die sich im Rahmen der Kommunalwahl Antworten zum Thema Ostfeldentwicklung wünschen.

Fluglärm und Risiken des Flugverkehrs für das geplante Wohngebiet „Ostfeld“

Einführung

Westlich des Militärflugplatzes Erbenheim (ETOU, US-Army) soll der neue Stadtteil „Ostfeld“ im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) entstehen. Die unmittelbare Nähe zum Flugplatz bringt zwei zentrale Herausforderungen mit sich:

- Lärmemissionen aus dem Flugverkehr
- Risiken aus möglichen Flugunfällen

Bisher berücksichtigt die Planung nur einen kleinen Teilbereich dieser Gefährdungen – nämlich die von der US-Army ausgewiesenen Accident Potential Zones (APZ), die lediglich einen engen Ausschnitt des tatsächlichen Risikobereichs abbilden.

Lärberechnung des HMWEVW (Stand 06.05.2025)

Die Stadt Wiesbaden hat ein Lärmgutachten beauftragt, dessen vorläufige Ergebnisse das HMWEVW am 6. Mai 2025 vorgestellt hat. Die Berechnungen beruhen auf noch uneinheitlichen Datengrundlagen und weisen daher eine große Bandbreite möglicher Ergebnisse auf. Dennoch gilt:

- Für die nächsten zehn Jahre muss ein belastbares Prognosemodell vorliegen.
- Die Siedlungsbeschränkungen müssen so festgelegt werden, dass zulässige Lärmwerte eingehalten werden.
- Ein „Vorsorgebereich“ mit Schallschutzempfehlungen – wie vorgeschlagen – darf eine unvollständige oder fehlerhafte Berechnung nicht ersetzen.

Auffällig ist zudem, dass die Präsentation des Ministeriums ausschließlich Lärm behandelt, nicht jedoch den Schutz vor Flugunfällen. Obwohl dies ein zwingender Bestandteil der Gesamtbewertung wäre, wurde eine Analyse der Gefahrenlage nicht beauftragt.

Tatsächliche Gefährdungslage

Die APZ der US-Army decken nur einen Bruchteil des Risikobereichs ab. Eine aktuelle Sichtung der heute genutzten Flugrouten, Navigationskorridore sowie der DFS-Korridore zeigt:

- Mehrere dieser Flugwege verlaufen direkt über dem im Siegerentwurf vorgesehenen Baugebiet.
- Überflüge erfolgen teilweise in sehr geringer Höhe (75–125 m über Grund).
- Die Risiken eines Flugzeug- oder Hubschrauberabsturzes sind für bestimmte Teilflächen erheblich.

Überarbeitete fachliche Bewertung (Anlagen 1–3)

Für die Siedlungsbeschränkungen liegt nun eine aktualisierte Neuberechnung vor. Sie erweitert die Datenbasis des HMWEVW um:

- angepasste Sigma-Regelungen für Hubschrauber
- konkrete Messwerte aus den Flugverfolgungssystemen FlightRadar24 und FlightAware
- erstmals erhobene Überflughöhen
- aktuell dokumentierte Navigationskorridore, DFS-Korridore und angepasste APZ-Zonen
- eine realistische 10-Jahres-Prognose

Die ergänzte Präsentation wurde dem HMWEVW zur Überprüfung vorgelegt. Bis zum 11. Dezember 2025 wurden keine relevanten fachlichen Einwände erhoben. Damit stellt diese Überarbeitung nun die tragfähige Grundlage für die weitere Ostfeldplanung dar.

Zusammenfassung der aktuellen Fakten

1. Siedlungsbeschränkungen wegen Fluglärm
 - 21,5 ha (215.000 qm) von insgesamt 67,5 ha sind betroffen.
 - Einnahmen in geschätzter Höhe von ca. 215 Mio € entfallen.
 - Das Defizit der SEM erhöht sich auf ca. 415 Mio € (ohne Schienenanbindung).
2. Flugrouten & Flugunfallrisiken
 - Auf 28 ha des Plangebiets verlaufen Flugspuren in sehr geringer Überflughöhe.
 - 9,4 ha liegen im DFS-Korridor – die DFS rät dringend von einer Bebauung ab und übernimmt bei gegenteiliger Planung keinerlei Verantwortung.
3. US-Army APZ (angepasst an aktuelle Flugbewegungen)
 - 12 ha des Siegerentwurfs unterliegen einem faktischen Bauverbot.
 - Die US-Army lehnt jede Haftung bei Unfällen in diesem Bereich ab.
 - Bei Missachtung müsste Land oder Stadt die daraus entstehenden Risiken vollständig tragen.

Fazit

Die politischen Entscheidungsträger sind aufgefordert, die neuen Fakten ernsthaft zu prüfen – sowohl mit Blick auf Sicherheit als auch auf die finanziellen Risiken des Projekts.

Für die Parteien stellt sich die Frage:

- Welches Risiko sind wir bereit, im Namen der Stadt Wiesbaden zu tragen?
- Welche Folgekosten sind wir bereit, der Bevölkerung zuzumuten?
- Und wie erklären wir diese Entscheidungen den Bürgerinnen und Bürgern im Kommunalwahlkampf?

Die Öffentlichkeit wird diese Antworten aufmerksam verfolgen.

Faktenzusammenstellung
Michael Dirting